

II-3688 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1882/J

1991 -11- 07

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Sparbudget für ÖBB

Gemäß den spärlichen Informationen über die Details der Budgetlösung für das Jahr 1992 kam es vor allem beim ÖBB-Budget zu starken Kürzungen des veranschlagten Bundeszuschusses. Da die Personalkosten kurzfristig wenig flexibel sind, kann dies vor allem die Ausbaumodernisierungspläne treffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Welches konkrete Ausmaß umfaßt die Kürzung des ÖBB-Budgets im Vergleich zu dem von der ÖBB für 1992 veranschlagten Bundeszuschuß?
2. Aus welchen Detailbereichen des ÖBB-Budgets setzen sich diese Gesamteinsparungen zusammen?
3. Ist es richtig, daß es zur Streichung der Super-City-Züge und zur Auflassung der reinen Autoreisezüge kommen soll?
Wenn ja, mit welcher konkreter Einsparung?
Welche konkreten Auswirkungen erwartet der Verkehrsminister aus diesen Maßnahmen?
4. Ist es richtig, daß es durch die Kürzung des Bundeszuschusses zum Aufschub der Elektrifizierung nach Gmünd kommen soll?

5. Ist es richtig, daß auf der Strecke nach Gmünd seit der feierlichen Aufstellung des ersten Fahrleitungsmastens im Beisein von Minister Streicher im Juni 1990 die Arbeiten ruhen?
Wenn ja, aus welchem Grund und wann wird es zur Aufnahme der konkreten Arbeiten kommen?

6. Die Grünen sowie zahlreiche Verkehrsinitiativen fordern die Angleichung der österreichischen Benzinpreise an das deutsche Niveau (dzt. rd. öS 1,50 höher). Dadurch wären Mehreinnahmen von rd. 3 Mrd. Schilling zu erzielen, wodurch bei einer erfolgten Zweckbindung für den öffentlichen Verkehr die krassen Budgetkürzungen im ÖBB-Bereich mehr als wettgemacht werden könnten. Unterstützt der Verkehrsminister diese Forderungen und welche Maßnahmen setzt er, damit es zur kurzfristigen Realisierung dieser Forderungen, die im übrigen auch vom Österreichischen Städtebund mitgetragen werden, auch in die politische Wirklichkeit umgesetzt werden?